

Länder vom 3. bis 4. Dezember 1969 in Moskau. Im Geiste der Vereinbarungen dieses Treffens werden sie auch weiterhin danach streben, daß die friedliche Koexistenz zur allgemeingültigen Norm der gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wird.

Mit Befriedigung stellten sie fest, daß die Völker Europas in wachsendem Maße die Notwendigkeit des baldigen Stattfindens der europäischen Sicherheitskonferenz erkennen. Sie betonten, daß sie bereit sind, im Interesse der erfolgreichen Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz weitere Schritte zu unternehmen.

Beide Seiten bekräftigen ihren Standpunkt, wonach die Interessen des europäischen Friedens und der Sicherheit erfordern, daß die westdeutsche Bundesrepublik sowie auch die anderen kapitalistischen Staaten gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage mit der Deutschen Demokratischen Republik herstellen.

Untrennbares Erfordernis der europäischen Sicherheit ist die Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen, insbesondere der Staatsgrenze zwischen den beiden deutschen Staaten und der Oder-Neiße-Grenze. Die Interessen der Entspannung in Europa erfordern, daß die westdeutsche Bundesrepublik den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ratifiziert, auf ihren rechtswidrigen Anspruch gegenüber der selbständigen politischen Einheit Westberlin verzichtet und die Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an anerkennt.

Beide Seiten sind der Überzeugung, daß der von der DDR unterbreitete Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland eine reale Grundlage für die Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten darstellt.

Die Vertreter beider Bruderparteien und Bruderländer stellten mit tiefer Empörung fest, daß die USA ihren barbarischen Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk fortsetzen.

Sie versichern das heldenhafte vietnamesische Volk ihrer weiteren Solidarität und Unterstützung. Sie unterstrichen, daß der mögliche Weg zur Lösung der vietnamesischen Frage im bedingungslosen und unverzüglichen Abzug der ausländischen Truppen sowie in der Bildung einer südvietnamesischen Koalitionsregierung besteht.

Beide Seiten verurteilen die sich in der letzten Zeit verschärfenden